

Mobilisierung richtet sich weiter nach Leipzig

NPD will gegen das Verbot ihres Aufmarsches am 1. Mai klagen

Noch immer ist unklar, ob am 1. Mai Tausende von Rechtsradikalen versuchen werden, durch Leipzig zu ziehen. Die Organisatoren der Demonstration »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«, NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), haben inzwischen angekündigt, gegen das bislang verhängte Verbot bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu ziehen.

40 Antifa-Gruppen aus 21 Städten haben Anfang vergangener Woche dazu aufgerufen, »den Fascho-Aufmarsch zu verhindern«. Sie fordern alle »antifaschistisch gesinnten Menschen auf, nach Leipzig zu kommen«.

Die Antifa hält an ihrer Mobilisierung auch fest, wenn die Verbotsverfügung nicht aufgehoben werden sollte. Der DGB-Sachsen hat alle regionalen Aktionen abgesagt und zur zentralen Kundgebung nach Leipzig aufgerufen. Zudem wollen die GewerkschafterInnen eine Menschenkette um die Stadt bilden, um sie symbolisch vor Rechtsextremen zu schützen. Gerechnet wird allerdings auch damit, daß die Demonstration kurzfristig in eine andere Stadt verlegt wird. Im Gespräch ist Halle.

Aber auch für den Fall, daß die Faschisten versuchen werden, wie in den vergangenen Jahren in Berlin auf die Straße zu gehen, haben GewerkschafterInnen und Antifa-Gruppen vorgesorgt und ihren Widerstand angekündigt. »Wir werden nicht zulassen, daß Berlin Aufmarschort für Neonazis wird«, heißt es in einem Aufruf. »Auch wenn sie noch mit politischer Rückendeckung durch den Innensenator rechnen können.«

Der sächsische Verfassungsschutz rechnet jedoch nicht damit, das die NPD »die Massen noch umdirigieren« kann.

jW

<https://www.jungewelt.de/artikel/221.mobilisierung-richtet-sich-weiter-nach-leipzig.html>